

Wirtschaft 1932

Wirklich Besserung?

Eine bedeutende Clique bürgerlicher Zeitungsredakteure benutzt das Jahressumme, um die Leistungsfähigkeit einzugehen, daß der Wirtschaftswendepunkt im Jahre 1932 betriebliegen gewesen als im Jahre vorher. Dem steht ohne weiteres die Statistik gegenüber, die folgenden autoritativen Staatsführung und ihrer höchst eigenartigen Wirtschaftspolitik, die sich in Lebensnotwendigkeiten gegenüber dem Internerium erhofft, das Berliert an einer angeblichen Wirtschaftsbesserung zuzuschreiben. Sicher, die Wirtschaft ist der Aufschwung, daß „das Kräftig durchschritten“ ist. Aber das ist noch lange kein Aufschwung und je später der Zeitpunkt der wirklichen Aufwärtsbewegung eintritt, desto größer ist die Gefahr eines lang andauernden Stagnations auf dem erreichten Tiefstand. Unter diesen Umständen ist die Wirtschaftslage in den nächsten Jahren der Hausarbeit und Lebensglück verlassen immer mehr.

Unter diesem Gesichtspunkt eröffnet der Verlauf der gegenwärtigen Wirtschaftslage düstere Aussichten. Wie unendlich langgedehnt wurden doch alle bisherigen Etappen der Krise. Schon im Jahre 1929 begann ein fühlbarer Abstieg der Wirtschaft, im Jahre 1930 setzte er sich beschleunigt fort, im Jahre 1931 wurde die Wirtschaft, vor allem infolge der Kreditkrisis, weiter gelähmt und selbst im Jahre 1932 glitt die Kurve noch abwärts. Vor allem verringerte sich auch im Jahre 1932 die Zahl der Wirtschaft, Arbeitsträfte aufzunehmen — dieser grundlegende Merkmal der Konjunktur und der Langzeitigkeit einer Wirtschaftslage überhaupt — noch in erschreckender Weise. Die offizielle Arbeitslosenstatistik hat freilich schon längst aufgehört, einen richtigen Maßstab dafür anzugeben. Sie weist für Mitte Dezember 1932 mit 5 004 000 anerkannten Arbeitslosen gegenüber der gleichen Vorjahreszeit (5 440 000) eine Überhebung um 164 000 aus.

Unvergleichlich trüber aber ist das Bild, das die Statistik der beschäftigten Arbeitnehmer (nach den Krankenversicherungsbeiträgen) bietet.

Damach ist die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer von 13 978 000 Ende Oktober 1931 auf 12 440 000 Ende Oktober 1932, also um mehr als 1,5 Millionen, zurückgegangen, obwohl sich zugleich die Zahl der Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen, infolge des Einflusses der Scheinrenten, auf dem Arbeitsmarkt um eine Hunderttausende erhöhte.

Weniger stark scheint die weitere Rückgang der Produktion gewesen zu sein, was auf eine stärkere Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der noch beschäftigten Arbeitnehmer schließen läßt. Allerdings ist auch hier der Maßstab — der industrielle Produktionsindex — nicht genau und maßgebend, weil nur wenige Industrien erfasst werden. Der Produktionsindex stand im Oktober 1932 auf 60,9 gegenüber 64,2 im Oktober 1931 und 190 im Vorjahresdurchschnitt 1928. Er zeigt also nur noch einen Rückgang um 3 Proz. Wäre hier der Rückgang der Belegschaft der Reichsbahn von 122 000 wegen im arbeitsfähigen Durchschnitt des November 1931 auf 113 700 im gleichen Zeitraum 1932

einen noch stärkeren Rückgang weisen alle Umqualifizieren auf.

So sind die Umsätze des Einzelhandels von Oktober 1931 bis Oktober 1932 um 99,6 Proz. durchschnitlichen Umlages im Jahre 1932 auf 79,4 Proz. zurückgegangen. Allerdings sind auch die Umsätze in diesem Zeitraum noch weiter gesunken: der Großhandelsindex stand im November 1931 auf 106,6, im November 1932 hingegen auf 93,9. Am erschreckendsten aber ist der weitere Rückgang des Außenhandels. Die Ausfuhr, die im November 1931 noch 749 Millionen Mark betrug, erreichte im November 1932 nur mehr 475 Millionen Mark, die Einfuhr sank im gleichen Zeitraum um 485 auf 393 Millionen Mark. Während also die Einfuhr um 19 Proz. gesunken ist, stieg die Ausfuhr um nicht als 36 Proz., also um das Doppelte ab.

Darin liegt die Ursache für die Abherrungspolitik, die von Deutschland getrieben wurde, freilich auch die Frucht der Abherrungspolitik der anderen Länder.

Es ist richtig, daß die zweite Hälfte des Jahres 1932 etwas freundlicher war als die erste. Nichtsdesto, daß eine wirkliche Besserung der Wirtschaftslage eingetreten wäre, aber es kam doch wenigstens der Abstieg einigermassen zum Stillstand. Auch diese Tatsache wird freilich von der bürgerlichen Presse demagogisch verzerrt. Durch ein einfaches Zahlenmanipulieren wird aus einem Stillstand eine Besserung gemacht. Man vergleicht nämlich die monatlichen Beschäftigten im Jahre 1932 mit denen des Jahres 1931, des Jahres des historischen Aufwärtstrends, und kam so zu einer „Besserung“. Man läßt die angebliche Besserung als das Ergebnis der Regierungsmassnahmen und Schlichter aus, während es sich in Wirklichkeit um eine allgemeine, in allen Ländern beobachtete weltwirtschaftliche Erscheinung handelte.

Ein objektiver Maßstab muß also zu dem Ergebnis gelangen, daß diese vier furchtbaren Jahre noch nicht genügend haben, um der Krise ein Ende zu bereiten.

Bestenfalls wird man sagen können, daß die Wirtschaft nach vier Jahren eines unvorstellbaren

Sturzes erholte — aber freilich nur, wenn keine Überforderung mehr eintrifft — aus der Phase der „Krise“ in die Phase der „Depression“ hinübergelitten ist. Das bedeutet, daß die Wirtschaft zunächst auf dem tiefsten Punkt bequamen wird, den sie im Ende dieser vier Jahre erreicht hat. Wann sie sich über diesen erheben wird, wann sie wieder imstande sein wird, die Millionen von Menschen, die sie auf das graueste ihrer wirtschaftlichen Existenz herab hat, wieder in den Lebenskampf aufzunehmen, läßt sich noch gar nicht voraussagen. Es wagt auch tatsächlich kein ernsthafter Beobachter (und sei er auch noch so kapitalistisch gefärbt), eine Voraussage darüber zu machen.

Wie lange soll es noch geduldet werden, daß ein Wirtschaftssystem existiert, das mitten aus dem reichsten Lebensgebiet heraus Millionen von Menschen viele Jahre lang in tiefstem Elend und Verzweiflung hält?

Die inaktiveren Kommunisten und Sozialisten der Tages- und der Kommunisten können an diesem System nichts ändern. Notwendig ist ein sozialistischer Umbau der Wirtschaft, wie ihn die Sozialdemokratie fordert. Unsere Pflicht ist es, diesen Umbau zu vollziehen, und die Massen des deutschen Volkes für diesen Umbau zu gewinnen.

Brolat verhaftet

Wegen angeblichen Fluchtverdachts — Schlag gegen einen Gehehnten

Aus Berlin wird gemeldet: Der Direktor der W.G. Brolat war gestern von den Untersuchungsrichtern im gegen ihn schwebenden Reineidsverfahren zur verantwortlichen Vernehmung geladen. Nach Beendigung der Vernehmung erhielt der Untersuchungsrichter auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen Brolat wegen Fluchtverdachts einen Haftbefehl. Brolat wurde sofort in das Untersuchungsgefängnis abgeführt.

Gegen Brolat sind im Zusammenhang mit der Skatere-Affäre eine Reihe von Beschuldigungen erhoben worden. Brolat hat sich gegen diese Beschuldigungen aus energischer zur Wehr gesetzt. Es sind gegen ihn Disziplinerverfahren eingeleitet und durchgeführt worden, erst kürzlich ist ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts krimineller Handlungen gegen ihn eingeleitet worden.

In der Zeit der Verhaftung und Prozesse war Brolat ein Gehehnter, der nicht nur die Staats-

anwaltschaft, sondern auch die reaktionäre und die kommunistische Presse gegen sich hatte, die mit seiner Person politische Agitation machte. Er hat dieser Gefahr standgehalten.

Unmittelbar im Zusammenhang mit der Einstellung des letzten Ermittlungsverfahrens gegen Brolat tauchte ein Ermittlungsverfahren wegen Reineids gegen ihn auf. Er soll im Skatere-Prozess in einer Nebenrolle unter falschen Auslagen gemacht haben.

Woher soll man plötzlich den Fluchtverdacht ausgelastet sein? Es ist völlig unerfindlich, wie dieser Fluchtverdacht begründet werden soll. Hätte Brolat fliehen können, so wäre er heute nicht zur Vernehmung erschienen, sondern wäre schon längst verhaftet worden!

Bei den angeblich falschen Auslagen Brolats kam es sich, wie wir erfahren, höchstens um einen jahrelangen Falschbehaupten, der mit Gefängnisstrafe bedroht ist. Wie die Staatsanwaltschaft aus Unfruchtbarkeit, die sich in jeder Zeugnisaussage ergeben, einen Reineid konstruieren will, ist unerfindlich!

Reaktion der Friedensverträge Die Lage der Liga für Menschenrechte Eigener Bericht

Paris, 27. Dezember.

Die französische Liga für Menschenrechte, die zur Zeit in Paris ihren 21. Kongress abhält, befaßt sich am Dienstagmorgens mit der Lage der Reaktion der Friedensverträge und des Völkervertrages.

Das erste Referat hielt der Vorsitzende der Liga, Professor Bach, der u. a. ausführte, daß der Verfall der Liga auf Grund der in ihm enthaltenen Bestimmungen sehr wohl revidiert oder berichtigt werden könnte. Entweder hätte der Völkervertrag nicht aufgenommen werden dürfen, aber, nachdem er das getan habe, müßte er alle Bestimmungen des Verfallers Bertrages, die Deutschland nicht die gleiche Behandlung wie den anderen Mächten zuertraten, abändern. Das ist noch seiner Ansicht der stärkste Grund, der für eine Revision oder vielmehr für eine Berichtigung des Bertrages spreche. Es handele sich nicht darum, den Verfaller Vertrag zu verurteilen, sondern darum, alles aus ihm zu entfernen, was der Völkervertrag aller Völkervertragsmitglieder zuzurechnen sei. Das sei die notwendige Grundlage für die Geltung des Völkervertrages. Eine der größten Ungerechtigkeiten des Bertrages sei Artikel 231. Ebenso müßten die Bestimmungen über die Abrüstung Deutschlands und die Territorialaufgaben des Bertrages, vor allem die, die sich auf die Schaffung des politischen Korridors beziehen, abgeändert werden. Schließlich sei er, der Redner, auch der Meinung, daß Deutschland seine früheren Kolonien als Mandatsgebiete zurückzugeben müßte.

In ähnlichem Sinne äußerte sich der Sozialist F. r u m b o c h, der vor allem die ungleiche Grenzziehung in Mittel- und Ost-Europa und der Völkervertrags der radikalen Partei Kanjer, der sich besonders gegen den politischen Korridor und das Reineidsverbot des Völkervertrages und der zahlreichen Sonderverträge zwischen einzelnen Staaten wandte.

Scharfe Augen

In Berlin-Friedenau wurde am Dienstag durch die Aufmerksamkeiten einer Straßenpassantin ein ungewisser Postkassierer erwischt. Die Frau hatte auf der Straße beobachtet, wie der Postkassierer einen Briefumschlag zerriß und die Briefstücke sorgfältig sortierte. Die Passantin folgte ihm und erfasste auf die verbleibenden Briefstücke wieder zusammen, entzifferte die Adressen und erfasste auf dem Postamt Anzeige. Man kam so auf die Spur des 33jährigen Postkassierers Gehrmann; er wurde, wiederholt auf seinen Bestätigungen Briefe, in denen er Geldsummen vermeldete, unterwegs gefasst und gebracht zu haben.

Die Toten von Limbach

Die bei dem Limbacher Verkehrsunfall getöteten vier Personen wurden als ein Fabrikarbeiter aus Meißel i. Sa., seine Ehefrau und die dreizehn- und einjährige Söhne des Ehepaars identifiziert. Der Vater des Todesopfers, den nach den bisherigen Ermittlungen die Meißelstadt am besten bekannt ist, ist ein in Limbach als Stahlbehältermann bekannter Fabrikarbeiter. Er befand sich auf der Rückfahrt von einem Feiertagsausflug...

Sai in der Eibe

An der Mähe von Wittenberge fingen Eibfänger einen 1 Meter langen Regenhai; der Hai soll präpariert und im Wittenberger Heimatmuseum ausgestellt werden.

Ehefrau erschlagen

In einem Unfall von geistiger Unmündigkeit erschlug ein 60jähriger Rentnerpflüger in Hanau seine ungeheißer gleichaltrige Ehefrau. Der Täter stellte sich der Polizei.

15 000 Mark gestohlen

Einkäufer entwendeten aus der Wohnung eines Berliner Sozialpartners 15 000 M. Bargeld und wertvollen Schmuck.

Kostbarer Radioapparat

In Hamburg wurde bei einem Hotelbrand ein Radioapparat entwendet; der Besitzer, ein Artist, hatte in dem Apparat seine Ersparnisse in Höhe von 70 englischen Pfund verstreut.

Weihnachtsbilanz in USA

In den Vereinigten Staaten ereigneten sich während der Weihnachtsferien zahlreiche kleinere Verbrechen, Feuererbstattungen, Mordanschlägen, Schieberien und Brände. 311 Personen kamen ums Leben, ungefähr 600 wurden verletzt.

Deutschendepose

Im Formosa-Distrikt der brasilianischen Provinz Rio Grande wurde ein großer Teil der Baumwolle, Tabak- und Getreideernte durch Deutschendepose vernichtet.

Ludwig Herterich gestorben

78 Jahre alt verstarb in Ebenhausen bei München der Maler Ludwig Herterich, einer der Hauptvertreter der ersten deutschen Sezessionsgeneration. Herterich, dessen Bilder von einer tiefen, lebensfrohen Naturanschauung zeugen und dessen dekorative Malereien ein beachtliches Vermögen erraten, wirkte seit 1888 als Professor an der Münchner Akademie.

Protest gegen Breslau

Mit Prof. Cohn solidarisch

In der gestrigen Morgenausgabe der „Polischen Zeitung“ protestieren maßgebliche Professoren der deutschen Universitäten gegen den Beschluß des Senats der Breslauer Universität, der sich gegen den von den Nazisubstanten seit Wochen beabsichtigten rechtstehenden Professor Cohn richtet. Der Beschluß kam zustande, weil Cohn sich kürzlich in einem Berliner Montagblatt unerbittlich um die Frage eines eventuellen Einverleibens des Prof. Cohn nach Deutschland geäußert hatte. Cohn hatte zu dieser Frage weder positiv noch negativ Stellung genommen.

Die Professoren, die gegen den Breslauer Senat protestieren, sind der Professor der Theologie an der Kaiser Universität Baumgarten, der Völkerverrechtler an der Universität Hamburg Professor Wendelsohn-Barthold, der Volkswirtschaftler an der Kaiser Universität Professor Harms und der Bannme Staatsrechtler Professor Richard Thoma. Alle geben ihrer Entrüstung über die Haltung des Senats der Breslauer Universität im Falle Cohn Ausdruck.

Cohn bei Raehler

Der Breslauer Rektor nach Berlin gebeten

Nachdem am Freitag voriger Woche der seltsame Beschluß von Rektor und Senat der Universität Breslau gegen Professor Cohn gefaßt worden war, hat sich Professor Cohn nach am Freitag telephonisch beim Kultusministerium darüber befragt. Im Verlauf dieser telephonischen Unterredung wurde Prof. Cohn gebeten, nach Berlin zu kommen, um hier die Angelegenheit genauer zu besprechen. Diese Besprechung hat dann am Sonntag im Kultusministerium stattgefunden. Professor Cohn hat seinen Standpunkt dem mit der Wahrnehmung der Befehle des Reichskommissars beim Kultusministerium beauftragten Professor Raehler dargelegt. Nunmehr hat Professor Raehler den Rektor, den Professor und den Dekan der juristischen Fakultät an der Universität Breslau nach Berlin gebeten mit dem Ergebnis, ihn darüber aufzuklären, wie es zu dem Beschluß von Rektor und Senat gegen Prof. Cohn gekommen sei. Diese Besprechungen werden voraussichtlich in den ersten Tagen des Monats Januar im Kultusministerium stattfinden.

Heute Margarineverordnung

Alle Proteste der Verbraucher haben nicht verhindern können, daß der Zwang zur Verwendung von inländischen Fetten bei der Margarineherstellung ausnahmslos wird. Die Ermächtigung zur Einführung eines solchen Verordnungsmaßes soll heute erteilt werden. Es handelt sich zunächst um eine Ermächtigung für die Einführung eines entsprechenden Zwanges zur Verwendung von Butter, Talg, Schmalz oder Misch bei der Margarineherstellung. Die entscheidende Frage, die Größe des Quotenkontingents, der beigemessen werden muß, in

Mitwiffer des Fememordes

Eine Verhaftung in Freital

In Freital bei Dresden wurde bei einem Jagtsober der SA-Mann Hermann Bornmann aus Tarnitz verhaftet. Bornmann wird beschuldigt, den SA-Mann Schenk, den verurteilten Mörder des Nationalsozialisten Henrich, zur Flucht verholfen zu haben. Bornmann war einer der Kronzeugen der Staatsanwaltschaft in dem Prozeß gegen acht Reichsbannerleute, der dieser Tage zur Verhandlung kommen sollte, aber auf Grund der Reichsversammlung abgelehnt wurde.

Die Mutter des ermordeten SA-Mannes Henrich hat der Parteiliste der NSDAP, mitgeteilt, daß sie bei der Beerdigung ihres Sohnes weder ein Mitglied der Partei oder der SA, noch irgendeine Kranzsendung von dieser Seite zu sehen wünscht.

Alteisenrat am 4. Januar

Der nationalsozialistische Reichsgruppenrat hat den Alteisenrat des Reichstags am 4. Januar einberufen. Der Ausschuss soll sich mit dem Termin der Wiederberufung des Plenums befassen. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß der Reichstag wahrscheinlich Mitte Januar wieder zusammenzutreten wird.

Razi und Betrüger

Die Strafkammer in Sondershausen verurteilte den Aufzuchtobereiter Rudolf Wolfram wegen Amtsunterdrückung und Beilegung von Testamenten in vierzehn Fällen zu zwei Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für zwei Jahre. Wolfram war ein eifriger Nazimann.

Das Krankenstift

Im Nord des britischen 18 000-Tonnen-Schiffes „Camoronia“ entstand während der fahrplanmäßigen Reise von Port-Blanc nach Antwerpen eine Infuenzazepidemie; von 900 Passagieren erkrankten 400.

Liebesdrama

Am Wiener Wald hat ein 22jähriger Student ein 15jähriges Mädchen erschossen. Der Täter stellte sich der Polizei. Er begründete sein Verbrechen mit verknüpfter Liebe.



Zeitunglesen ist Pflicht

Diesen Grund hat stelle kürzlich ein mittel-deutsches Gericht auf, vor dem sich ein Mann zu verantworten hat, der angeklagt war, die von der Regierung festgesetzten Höchstpreise überschritten zu haben. Er entschuldigte sich damit, daß ihm nichts von der Festsetzung der Höchstpreise bekannt gewesen sei. Der vorortende des Gerichtshofes erklärte ihm aber, daß sei keine Entschuldigung; es sei vielmehr jetzt Pflicht eines jeden Staatsbürgers, Zeitungen zu lesen.

„Unkenntnis des Gesetzes schadet.“ So lautet ein alter Rechtsgrundsatz, der aufgestellt werden mußte, weil sonst immer mit der Erläuterung entschuldigen, sie hätten das Gesetz nicht gekannt. Deshalb verlangte der Staat in früheren Zeiten, ebenso wie heute, daß der Staatsbürger sich um die neu erlassenen Gesetze kümmere, und da heute auf die bequemste Art und Weise die Bekanntmachung von neuen Gesetzen und Verordnungen trotz Rundfunk durch die Zeitungen erfolgt, ist es Pflicht eines jeden Staatsbürgers, sich um den Inhalt der Zeitungen zu kümmern.

Das Lesen von Zeitungen hat aber noch einen weiteren Zweck und Wert als den, sich über neue Gesetze und Verordnungen zu unterrichten. Es ist in diesen Zeiten Pflicht eines jeden Menschen, unterrichtet zu sein über das, was in der Welt vorgeht, über das, was geschieht, nicht nur bei uns, sondern auch bei den Gegnern. Also: Les Zeitungen, weil es eine absolute Notwendigkeit ist, weil es, wie jener Gerichtshof sagte, heutzutage eine Pflicht für jedermann ist.

Woll über der werktätige Mann, die schaffende und wirtschaftende Frau im eigenen Klasseninteresse über die Vorgänge in der Welt unterrichtet sein, so gibt es für sie nur die sozialdemokratische Presse.

Darum: Les das „Volkblatt“!

Neue Ortslohnsätze nach der RVD.

Im Reichsgesetzblatt ist eine Verordnung veröffentlicht, die auf Grund des § 151 der Reichsversicherungsordnung erlassen ist und bestimmt, daß für die Zeit ab 1. Januar 1933 auf ein Jahr im ganzen Weise die Ortslöhne neu festzusetzen und. Eine Ausnahme besteht nur für die Orte, für die bereits mit Wirkung ab 1. Oktober 1932 neue Ortslöhne festgesetzt sind, es sei denn, daß sich der ortsübliche Lohn der Arbeiter seitdem wesentlich verändert hat.

Die Ortslöhne sind auch im Zeitalter des Tarifvertrages wichtig, weil sie die Grundlage für bestimmte Leistungen in den Sozialversicherungen sind. Auch für die Lohnsteuer sind diese Ortslöhne wichtig, weil davon wiederum die ortsüblichen Sätze für Naturallohnleistungen, wie Wohnung und Verpflegung, abhängen. Zuständig für die Festsetzung des Ortslohnes ist das Oberverordnungsamt Merseburg.

SPD, Ortsverein Halle

Am Freitag, den 30. Dezember, 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 14, eine erweiterte Vorstandssitzung mit den Bezirksführern und Bezirksassistenten statt. Bänzlich und vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Tagesbericht vom Braunen Kause:

Geld her, Geld her oder Du fliegst raus!

Wer mästet sich von Arbeitergroßen? Das große Heer der Nazisbenzen

Vor Weihnachten versuchte das hallische Naziorgan sich bei den hallischen Geschäftsleuten besonders beliebt zu machen. In schreibenden Entlassungen im Kopfe der „Mittebezüglichen Nationalzeitung“ wurde es als ein großer Erfolg der Nazis hingestellt, daß angeblich der hallische Einzelhandel nur noch in dem Naziorgan „interiere“. Man verschwieg den Lesern und auch den Geschäftsleuten in ihrer Gesamtheit, daß man wochenlang von einem Leben zum anderen gelaufen war und kriechend um Aufgabe von Inseraten in dem schwindigstigen Naziorgan zu jedem Preise gehen hatte. Erwiesenermaßen wurden, nur um die Inseratenstellen einigermaßen füllen zu können, Inserate ohne jede Begabung aufgenommen. Den Geschäftsleuten erzählte man, daß man dies alles nur mache um der armen Geschäftsleuten zu helfen, ihr Geschäft wieder zu beleben, um den drohenden Mittelstand gegen die jüdischen Warenhändler und marxistischen Konsumvereine zu schützen.

Wie die Sache aber in Wirklichkeit aussieht, geht aus einem der zahlreichsten Rundschreiben des Reichsleiters Gornowski-Stoninski hervor, die uns der bekannte günstige Wind jetzt sehr täglich auf unseren Redaktionsstisch weht. Hier ist nicht mehr die Rede vom „Schutze des drohenden Mittelstandes“, hier kann man ganz eindeutig lesen, daß diese ganze Aktion nur einen einzigen Zweck hat:

Geld in die leeren Kassen der Gewandben

zu bringen, damit die feinen Herren auch weiterhin handsgemäß leben und auftreten können. In diesem Rundschreiben an alle Ortsgruppenleiter, Zellen- und Blockwarte vom 29. November 1932 sagt Herr Gornowski-Stoninski zunächst die üblichen Worten vom Stapel, um dann für die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Geschäftsleute“ betriebe Propaganda zu machen. Es heißt dann wörtlich:

„Um die Kaufkraft unserer Anhänger zu organisieren, ersuche ich alle Amtsblätter, sämtliche Parteigenossen und ihre Familien regelmäßig mindestens monatlich einmal über die Notwendigkeit auszuklären, nur bei den Mitgliedern der RVD zu kaufen und sich bei dieser Gelegenheit die Karte vorlegen zu lassen, volle Karten einzuziehen und neue Karten auszugeben sowie Verstöße zu melden.“

Die vollen Karten werden gesammelt, von den Ortsgruppenführern regelmäßig alle Monate bei der RVD zurückgegeben. Der Betrag aus dem Sperrmarkenverkauf an die Geschäftsleute ist zur Hälfte (je 0,30 RM für eine volle Karte) der Ortsgruppe, zur anderen Hälfte der SA-Nähe zur Verfügung gestellt. Alle im Umlauf befindlichen Karten sind sofort einzuziehen und neue Karten, die am 28. d. Mts. bei der RVD in Empfang genommen werden, auszugeben. Auf den Sperrmarkenverkauf der neuen vollen Karte ruht die Vergütung von 20 Pfennig.

Besonders die bevorstehenden Weihnachts-einkäufe müssen reiblos bei unseren RVD-Mitgliedern getätigt werden.

Ich ermahne von dieser persönlichen Aufklärung unserer Parteigenossen seitens der Amtsblätter, wobei diesen auch geeignete Geschäftsleute aus dem Mitgliederverzeichnis namhaft gemacht werden können, einen vollen Erfolg dieser Anordnung. Jede Sabotage unseres Kampfes ist parteigefährlich und kann als solche verfolgt werden.

Heil Hitler!
ges.: Gornowski, Kreisleiter.“

Geld in die leeren Kassen! Das ist jetzt die einzige Sorge aller Nazisbenzen und ein „Befehl“ jagt den anderen, eine „Anordnung“ die andere. Man blickt sich bei allen Geschäftsleuten an, laßt ihnen das Geld aus der Tasche und fordert noch bei Strafandrohung auf, nur bei Nationalsozialisten zu kaufen. Die Hauptsache für die Nazis ist und bleibt das Geld!

D schnorr, so lang du fannst!

Nach laufen die Begehrt und die SA-Männer mit ihren Opferarten bei Sing und Saug, bei Gud und Christ herum, da ist schon wieder ein neuer Befehl des Gauleiters Jordan erschienen. Noch deutlicher als alles andere zeigt dieser neueste Befehl den wahren Charakter der „Arbeiter“-Partei. Die Mitglieder der SA und der Partei müssen jähzornig gehen, damit die „Amtsblätter“, die so allein in Halle lebenden Nazis ihr angenehmes Leben weiterführen können, damit sie weiterhin in blühenden Uniformen und in Luxusautos weiterführen können. In ihrer Sprache heißt das dann „Kampf gegen die Bonzen“, die sich von „Arbeitergroßen mästen“.

Bis es war es bei den Nazis so, daß der volle Monatsbeitrag, den die vollqualifizierten Mitglieder zu leisten hatten, 1,50 RM betrug. Da zu kamen für alle Mitglieder, ganz gleich, ob sie in der SA waren, oder ob sie der SA-Mitglieder oder Handlanger angehörten, aber nur einfache Begehrt waren, 0,30 RM für eine Versicherung. Arbeitslose Mitglieder hatten 1,10 RM zu zahlen. Waren die Arbeitslosen auch dazu nicht in der Lage, das heißt, wenn sie Wohlfahrtsunterstützung bezogen und sich in der „Bewegung“ aktiv beteiligten, wenn sie „Amtsblätter“ oder „Angehörige“ der SA waren, so bezahlte die Ortsgruppenleitung diesen Beitrag für sie an die Gauleitung. Das gibt es jetzt nicht mehr.

Der neueste Befehl des Gauleiters Jordan, den viele Nazis noch nicht kennen werden, da er jenseits der Reichsgrenzen nicht mehr ist, hat diese Regelung der Beitragszahlung beseitigt und eine neue eingeführt. Für die Arbeitslosen, die nicht in der Lage sind, ihren Beitrag zur Unterhaltung des großen Drogenapparates zu zahlen, bringt die Ortsgruppenleitung nicht mehr ein, diesen Arbeitslosen hat die Gauleitung eine neue Sammelkarte in die Hand gedrückt, auf der je nochmals Geld schnorren müssen. Das auf dieser Karte gesammelte Geld wird ihnen dann auf ihren Beitrag angerechnet. Die Höhe des anzurechnenden Betrages richtet sich nach der Höhe des gesammelten Jahres.

In der Drogenpolitik kämpft man unentwegt gegen die „letten Bonzen“, die sich von „Arbeitergroßen mästen“. Man hat sich aufeinander nur

in der Richtung geizt. Diese letzten Bonzen leben nicht in den Gewerkschaftshäusern nicht in den Parteibüros der RVD. Die letzten Bonzen leben in den Braunen Kassen selbst. Dort werden die Arbeitergroßen betragt, dort müssen sich die Bonzen, die den jähzornigen „Amtsblätter“ tragen. In das Ausmaß — für deren Betrieb die Mercedes-Werke, der „Benzoltrieb“ und andere Unternehmer durch Stellung von Chauffeuren oder Betriebsstoff sorgen — laufen sie in ihren blühenden Uniformen von Veranstaltung zu Veranstaltung und schwingen große Heben von Kameradschaftlichkeit. Und die große Hebe gehen mit getriebenen Zielen und mit gereiftem Klart als bezugsfähige Geld zumehmen schmonen, weil die Unternehmer nicht mehr so zahlungswillig sind wie noch im Mai.

Wenn die Schmonerei auf den weißen und gelben Opferarten, auf den Sammelkarten der arbeitslosen Begehrt so weiter geht, dann wird sicher bald ein neuer Befehl der Gauleitung herantommen, in dem es heißt:

„In der letzten Zeit ist es mehrmals zu Vermählungen der verbliebenen Opferarten gekommen. Damit diese Schmonerei aufhöre, ordne ich an, daß die Mitglieder der Partei und der SA, die Sammelkarten in folgender Ordnung bei sich zu führen haben:

- 1. Die drei weißen Opferarten, die vollständig im Werte von 6 RM abzuliefern sind, sind in der rechten Brusttasche des braunen Bundes zu tragen.
- 2. Die gelbe Opferarte ist in der linken Brusttasche zu tragen.
- 3. Die Sammelkarte der arbeitslosen Mitglieder ist in der rechten Brusttasche der Dose zu tragen.

Zur Kontrolle dieser Anordnung wird bei der Gauleitung die Kartenkontrollabteilung errichtet. Als Leiter der Abteilung bestimme ich den Hg. Stubinitz, der die Unterleiter der Abteilung selbst ernannt.

Heil Hitler! Jordan, Gauleiter.

Die Stinkhott

Unentwegt Nazis markieren abend die Scheiben des Ausgabensystems des „Volkblattes“ an Gewerkschaftshaus durch Zeitschriften. Ein Nichts zeigt besser als diese Scheiben, wie unsere Verhältnisse in den Kreisen der Nazis gesehen werden und wie sie gemischt haben. Wir werden uns Mühe geben, diese einseitige Arbeitsbeschaffung der Nazis weitestgehend durch weitere Belangenheiten zu fördern.

Der Straßenkehrer auf der Sammelkarte

Einem Schneider Großschäfer passierte gestern mittag von Merseburg, daß sich bei der Rückkehr an der Kasse des mit Sammelkarten beladenen Anhängers löste. Dadurch fielen mehrere dieser letzten Tiere auf die Straße. Ein Hund, der die Hoffmeisterkarte zur Zeit wenig Beachtung anwies, sonst wäre es sicherlich eine weitere Scheibe abgefallen. Erst durch die Mühseligkeit eines dort beschäftigten Straßenkehrers war es dem Besitzer möglich, sein Eigentum wieder einzuholen. Nach der Lohn für die Mühe war sehr mager, obwohl erst der betreffende Straßenkehrer den Großschäfer auf sein Maßwerk aufmerksamer gemacht hatte. W. A.



Juno ist die rechte Helferin.

weil sie mit dem würzigen Aroma ihrer herrlichen Tabake und der köstlichen Frische ein wenig Freude in den grauen Alltag bringt.

Diese Vorzüge der

JUNO

von Qualitäts-Rauchern gerühmt und anerkannt, sind allen Freunden der guten Josetti-Cigarette so wichtig, daß sie bewußt Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickerpeien ablehnen!

Vertrauen Sie ihr!



Eilenburg

Sozialistisches Weihnachtsfest

Am 1. Weihnachtstag hatten die sozialistischen Freunde in einer Winterunterkunft...

Kreis Jorzan

Vorgang (Stadt)

Ueberfüllte Volksschul-Beranstaltung
Die alljährlich am 1. Februar veranstaltete auch in diesem Jahre der Volksschule Jorzan...

Sonntagsfahrten nach Jorzan
Einem langen Bunde vieler Bewohner dieser Verkehrsgebiete hat die Reichsbahn durch...

Eine Wohnlaube abgebrannt
In den Gärten an der Hofstraße brannte in den Vormittagsstunden des ersten Feiertages...

Flammen. Das Feuer konnte sich durch große Folgerungen, Stroh und Kackspäne...

Schnelle Aufklärung eines Einbruchs

In der Nacht vom 19. zum 20. Dezember wurde in dem Speicher des Kornbäuers Logau...

Kreis Liebenwerda

Feuer auf einem Rittergut

Jallenberg. Auf dem hiesigen Rittergut sind am Sonntag die Gebäude vor dem früheren...

Auf falscher Spur

Hörselberg. Durch einen Zeugnisausspruch wurde der Polizei ein Mitglied der Arbeiterfront...

Reichsverband und wir

Die Frage, wie sich das Proletariat zur proletarischen Weltanschauung stellen soll...

Desfalls wird es hier auf die Reichsarbeit, die politische und geistige Reichsarbeit aller Organisationen der Arbeiterklasse ankommen.

Die letzte Entscheidung wird immer aus einer geistlichen Situation geboten werden, die man nicht vorher bestimmen kann...

Stalenspiele im 6. Bezirk

Ein feines und ruhiges Spiel, bei dem die Spieler immer im Vorteil waren. Die Tore konnten nach Belieben getreten werden...

Stand der Bitterfelder Handballer

Wenn wir früher immer betont, daß hier die Reichsarbeit die volle Aufmerksamkeit...

In die Vereins-Berichterstatter des 6. 7. und 8. Bezirks!

Das Jahr geht zu Ende. Da werden in den Sportvereinen die Berichterstatter für das Jahr 1933 ernannt...

Reichsverband

Der Vorkämpfer letzte istort eine lehrreiche Spielweise an den Tag...

Reichsarbeit II - Leipzig 1:1

Beide Mannschaften lieferten ein abwechslungsreiches und aufregendes Spiel...

Reichsarbeit I - Leipzig 1:6:3 (3:1)

Reichsarbeit trat in seiner alten Aufstellung auf den Platz...

Reichsarbeit II - Leipzig 16:1 (5:1)

Die Gäste waren den Jahn-Leuten nicht gewachsen.

Reichsarbeit - Berichterstatter im 7. Bezirk!

Trotz wiederholter Mahnungen an die Berichterstatter...

Reichsarbeit - Berichterstatter im 6. Bezirk!

Reichsarbeit im 6. Bezirk!
Reichsarbeit I - Leipzig 1:0:7 (0:1)
Ein feines und ruhiges Spiel...

Reichsarbeit - Berichterstatter im 6. Bezirk!

Table with 4 columns: Verein, Spiele, Tore, Punkte. Lists results for various clubs like Bitterfeld, Jahn, etc.

Reichsarbeit - Berichterstatter im 6. Bezirk!

Reichsarbeit im 6. Bezirk!
Reichsarbeit I - Leipzig 1:0:7 (0:1)
Ein feines und ruhiges Spiel...

Reichsarbeit - Berichterstatter im 6. Bezirk!

Reichsarbeit im 6. Bezirk!
Reichsarbeit I - Leipzig 1:0:7 (0:1)
Ein feines und ruhiges Spiel...

Sport und Spiel
„Nichte“ Sportler auf Reisen
„Nichte“ Halle gegen „Vorwärts“ Fernerleben 10:9

Beide Mannschaften waren am 2. Feiertag in Magdeburg vor etwa 1000 Zuschauern...

Die nun einsetzenden ungewöhnlichen Kombinationen mit durchdringender Vorarbeit...

Das Spiel setzte gleich mit hohem Tempo ein. Von beiden Seiten wurden Angriffe...

Das Spiel setzte gleich mit hohem Tempo ein. Von beiden Seiten wurden Angriffe...

Das Spiel setzte gleich mit hohem Tempo ein. Von beiden Seiten wurden Angriffe...

Rund um den Erdball

Höhenflüge ohne Todesgefahr?

Nach den jüngsten Beobachtungen des englischen Physiologen Prof. Leonard Hill...

Rassenverrichtung von Seeliden

Zu den gefährlichsten Feinden des Volkes gehören die Seeliden. Wo sie in größerer Zahl auftreten...

Eltern, denkt daran!

Die Organisation Eurer Kinder ist die Sozialistische Arbeiterjugend

Fußball

Reichsarbeit im 6. Bezirk!
Reichsarbeit I - Leipzig 1:0:7 (0:1)
Ein feines und ruhiges Spiel...

Was gibt es Neues auf Welle Welt?

Rund um den Funk

Die europäischen Sender beugen sich gegenseitig immer mehr in dem ihnen zugewiesenen Wellenraum. Die immer mächtiger werdenden Kleinsender bedrohen ihre Nachbarn auf der Wellenfrequenz. So übertrifft der neue Leipziger Sender seinen Nachbarn Dabozsch, doch wenn man den russischen Sender jetzt in der Nähe von Dabozsch kann noch leichter empfangen kann. Die russische Sendefrequenz hat sich mit einem europäischen Sender an die nach ihrer Zielung zuführenden Stellen gewandt. Welche sie auch immer im Augenblick nicht geschaffen werden, es sei mit Verhängung recht ausgelastete Stelle gibt, die einen solchen Streitfall schlichtet könnte. Die Verteilung der verfügbaren Wellenlängen beruht auf freier Vereinbarung zwischen den beteiligten Ländern.

Auch die Mariner Internationale Konferenz für Fernschiffverkehr konnte der Wellenlängen Europas nicht abstellen. Sie war dafür nicht zuständig. Eine endgültige Vereinbarung der europäischen Wellenlängerkonferenz wird erst auf einer europäischen Funkkonferenz im Sommer 1933

Blutlat in Dohum

Eigener Bericht

Dohum, 27. Dezember.

In der Nacht zum ersten Weihnachtsfest wurde in Dohum der Bergmann Engelst in der Wohnung seines Schwagers durch das Fenster erschossen. Zwei Personen wurden am ersten Weihnachtsfest zum dem dringenden Verdacht der Täterschaft festgenommen.

Die Polizei vermutet in der Tat einen politischen Mord. Engelst, der parteilos ist, feierte bei seinem Schwager Contura, der der NSDAP angehört, Weihnachten. Contura war kürzlich an einer Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten beteiligt. Die Polizei nimmt nun an, daß die Kugel ihm gegolten habe, zumal kurz vorher von kommunistischer Seite Drohungen gegen ihn ausgehört worden waren.

versucht werden. Man darf hoffen, daß dort auch dem unerfahrenen „Kethertrier“ ein Ende gemacht wird, indem man der ständigen Aufzählung der Sendeeinrichtungen Schranken setzt.

An die Mitteilbarkeit der Hörer appelliert der Finanzdirektor und Sparmannwart des deutschen Rundfunks, Ministerialrat Leberle. Man soll keine Herabsetzung der Rundfunkgebühren verlangen, schreibt Herr Leberle, denn es anstelle schon ein harter Einnahmesturz durch die meisten arbeitenden Arbeitnehmer, die von der Zahlung befreit sein. Wer die Gebühren bezahlt, hat den besten, daß er für die Arbeitslose mitbezahlt. Diese Wohlstandsoverteilung bereitet aber dem Hörer kein Vergnügen, weil er weiß, daß er in Wirklichkeit jene nicht unerheblichen Kosten bezahlen muß, welche von der „Reinordnung“ des Rundfunks verursacht wurden. Diese überlegen noch das bisher bekannte Maß durch eine ungenügende Last, die der Sozialdemokrat Müller in der letzten preussischen Bundtagsdebatte mitteilte: die zu Arbeitslosen erkrankten Gläubiger des Herrn Schöck bezahle ein um 6000 Mark höheres Abschlag als die bisherigen Arbeitsleistungler.

Am Gegenpart zu Deutschland, wo der Rundfunk so mäßiglich registriert wird, gibt es beim Herberriedigen Rundfunk ein demokratisches Kontrollorgan, den Radioberrat. Als ausgesprochenste Interessengruppe fungieren in diesem Rat die Delegierten der Radiobereine. In dem jährlich zu wählenden Radioberrat haben die jetzt vier Vertreter des Arbeiterlabordiums, vier des Katholikens und ein Vertreter des „neutralen“ Radiobereins. Nun haben die neugebildeten Gruppen der Nazis und der Heimwehren Siege und Stimmen im Beirat verlangt, nachdem im September die Amtsperiode des Beirates zu Ende war. Das hat zu Auseinandersetzungen geführt, die noch nicht geschlichtet sind, so daß der Wiener Sender seit drei Wochen ohne den gefälligen vorgeschriebenen Beirat arbeitet. Diese Konflikt-situation nehmen gewisse Kreise zum Anlaß, auf die Reinordnung in Deutschland als ein beachtenswertes Beispiel zu verweisen. Wir können die Deutscher nur nachdrücklich vor Nachahmung warnen.

Der holländische Arbeiterradiobund stellt seine Sendestunden u. a. der holländischen Beamten-gewerkschaft für ihren Kampf gegen die reaktionären Sparmaßnahmen der holländischen Regierung zur Verfügung. Wenn die Regierung jetzt allmählich zurückweicht, so ist das nicht zuletzt ein Erfolg dieser Propagandamöglichkeit der Gewerkschaft.

In Chicago besitzen die amerikanischen Gewerkschaften einen eigenen Sender. Er mußte bisher eine Wellenlänge benutzen, die auch von anderen Sendern verwendet wurde. Nach sechs-jährigen Bemühungen ist es nunmehr gelungen, für den Gewerkschaftssender eine eigene Welle freizugeben.

man. Am Zusammenbau damit soll die Sendeenergie von 1,5 auf 5 Kilowatt erhöht werden. Zum Vergleich muß man daran denken, daß die amerikanischen Sender durchschnittlich mit viel kleineren Energien (2,5 Kilowatt Durchschnitt) arbeiten als die europäischen (Durchschnitt 10,8 Kilowatt).

Nach dem „Fest der Liebe“

Noch eine Weihnachtsgeschichte

Nun haben sie wieder Weihnachten gefeiert, das Fest der Liebe und der Humanität, mitten in der Zeit der tiefsten Not und des kapitalistischen Wohlstands. Das Geschäft der Armen, zu frohen für das kapitalistische Eigentum wird das erste Weihnachtsgeschäft und seinen Mißbrauch geendet. Nicht einmal das mehr ist den Armen heute beschaffen, ihr Brot zu erwerben in der Iron für das kapitalistische Eigentum. Am Namen des Eigentums sind sie abgetrennt von aller Arbeit und allem Erwerb: die Hände müssen ruhen, keine Arbeit, kein Brot. Menschenliebe, Humanität, ein schönes Wort, aber was ist daraus geworden!

Der Wohlstand des Eigentums regiert die Stunde, keine Heiligkeit geht über alles über Menschendasein und Menschenleben. Hier ist eine moralische Geschichte aus dem Walde in Schweben, eine echte, wahre Weihnachtsgeschichte über die Heiligkeit des Eigentums. Ein Güter aus Zangenraub, bitterarm, wollte Weihnachten feiern, aber er hatte kein Geld, einen Christbaum zu kaufen. Er ging mit seinem zwölf-jährigen Sohn in den Wald. Im Walde stehen viele Bäume, große und kleine, was würde es

für den dieser Tage eröffnen mit 60 Kilowatt arbeitenden Sender Radio-Lausitz hat die französische Postverwaltung keine Genehmigung erteilt, weil sie jetzt in dieser Gegend einen Sender errichten will. Nun arbeitet Radio-Lausitz ohne Erlaubnis und wartet gespannt auf die Dinge, die kommen werden.

haben, wenn er einen abschneide, war es doch zur Ehre des Weihnachtstages. Der arme Mann und seine Junge schnitten ein Christbaumchen ab und machten sich auf den Heimweg. Als sie mit dem Säumen aus dem Walde herauskamen, begegneten ihnen ein Jagdaufseher und ein Bauernjahn. Vater und Sohn liefen mit dem Christbaumchen davon, der Jagdaufseher schoß, der Vater lag in seinem Blute.

Der Junge lief zu den beiden Männern und tat sie festhalten, um Gotteswillen dem Vater zu helfen. Aber die beiden Männer hielten nicht auf ihn, sie gingen davon. Der Schwerelechte blieb in seinem Blute liegen. Der arme Mann ist gestorben. In ein Weihnachtsgeschichte zur höheren Ehre des Eigentums. Einen Tag vor Weihnachten. Christentum, Humanität, Weihnachtswohl und Weihnachtsgelichte — das Eigentum geht über alles. Der arme Mann der das nicht bedacht hat, hat zum Fest der Liebe keine Erben erhalten.

Worteles haben in diesen Tagen ebenfalls ihre Ovation erhalten, während sie immer noch an Frieden und Liebe auf der Welt zu Weihnachten glaubten, trotz der Katerstiefel der wohnungsgewandenen Kapitalismus:

Nazis als Falschmünzer

Eigener Bericht

Kassel, 27. Dezember.

Die Kasseler Kriminalpolizei verhaftete zwei Nationalsozialisten wegen Falschmünzerei. Die Falschmünzer, die in einer Privatwohnung eine wohnungsbüro für die Herstellung von Falschgeld unterhalten, haben insgesamt einen 4000 Reichsmark 50-Pfennigstücke in Kassel und insbesondere in Süddeutschland in Verkehr gebracht. Die nationalsozialistischen Falschmünzer sind gefänglich.

Einer der Falschmünzer, der Sohn eines bekannten Schauspielers am Kasseler Staatstheater, der vor Jahren pensioniert worden ist, bezogte am Sonnabendabend in einem Lebensmittelgeschäft mit falschen 50-Pfennigstücken. Das Geschäftsinhaber fiel der Betrug auf, er alarmierte die Polizei, die in den Taschen des in SA-Uniform befindlichen Falschmünzers weitere Falschgeld fand. Der Falschmünzer, der 19 Jahre alt Joachim Böcker, legte halb ein Geständnis ab und versprach seinen künftigen Kauf Hoyer, der mit ihm in großem Gatt die Herstellung von 50-Pfennigstücken betrieben hatte.

Faule Geldläse

Aktuell aus dem kapitalistischen Lager

Die Gewerkschaften erhalten neuerdings in ihrer Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsführung sogar Bundesgenossen aus dem Lager der Wirtschaftsführer selbst. So hat dieser Tage Generaldirektor Hinou, ehemals der führende Mann des Sinnes, in einem Vortrag in der Gesellschaft zum Studium des Sozialismus einige beachtenswerte Ausführungen über die gegenwärtige Kritik gemacht. Hinou zeigt sich vollkommen mit seiner Kritik in eine andere Richtung als die der Gewerkschaften verfallen. Trotzdem sind seine Ausführungen Beweis genug dafür, wieviel im Staat der Geldläse faul ist.

Hinou ist ein absoluter Vertreter der Individualwirtschaft. Er wandte sich daher gegen die heutige Form des Sozialismus. Er erklärte, von der Wirtschaft seien große und schwere Fehler gemacht worden. Die heutige Wirtschaft ist überorganisiert. Die Tätigkeit der Unternehmer erschöpfe sich mehr in Eitelungen der Verbände, Kartelle und Syndikate als in wahrer Unternehmensarbeit. Syndikate und Kartelle züchten die Wirtschaftskrisen. An die Stelle der alten Wirtschaftsführer vom Range der Krupp oder Thyssen seien Generaldirektoren und Direktoren in Massen getreten. Das größte Unheil der Zeit liege im Anmarsch der anonymen Kapitalförpächter, deren hervorragendes Verdienst darin bestehe, die eingetretenen Verluste zu liquidieren. Die Wirtschaftsführer der jüngsten Zeit zeigten die Unfähigkeit großer Teile der sogenannten Wirtschaftsführer, die Wirtschaft zu überleben. — Hinou kommt natürlich nicht zu dem Schluß, daß Individualwirtschaft das einzige Mittel zur Beilegung der Wirtschaftskrise ist. Sein Ideal liegt in der Bergangenheit. Er

überließ daher, daß neben der Schuld der Wirtschaftsführung noch die Last der Wirtschaft dieser Führung eben über den Kopf gewachsen ist, und — man giebt seinen neuen Wein in alte Schläuche.

Rück im Reichswirtschaftsrat

Der Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Wilhelm Ritz, der frühere Reichsinnenminister und Reichstagsabgeordnete der Staatspartei, ist an Stelle des früheren Oberbürgermeisters von Dresden, Dr. Müller, als Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrats ernannt worden.

Stand der Reichsbank

Die Entlastung der Reichsbank war in der dritten Novemberwoche, eine Folge des Weihnachtsgeschäftes, weniger stark als in der entsprechenden Woche des Vormonats. Die Ausleihungen gingen um 10,8 Millionen Mark auf 3054,4 Millionen Mark zurück. Der Rückgang in der dritten Novemberwoche betrug 18,2 Millionen Mark. Die Wechselbestände verringerten sich nur um 61 Millionen Mark auf 2545,7 Millionen Mark gegenüber einem Rückgang von 100,9 Millionen Mark im November.

Die Währungsreserve hat sich um 1,5 auf 917,8 Millionen Mark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold und Deutschemark betrug am 22. Dezember 27,2 Proz. gegenüber 26,9 Proz. am Ende der November- und 28,2 Proz. in der dritten Novemberwoche.

Deutschland vor der Fertigstellung

Das Panzergeschiff „Deutschland“ nähert sich seiner Fertigstellung. Es soll im Frühjahr in Wilhelmshaven in Dienst gestellt werden. Der Kreuzer „Emden“ dagegen außer Dienst. Zum Kommandanten des Panzerkreuzers „Deutschland“ ist der Kapitän zur See von Bülche ernannt worden. Bislang der seit 1905 der Marine angehört, war im Krieg Kommandant des Unterseebootes „U 65“, das bei Kriegsende in Pola von der eigenen Besatzung gesprengt wurde. Zum 1. Offizier der „Deutschland“ ist der bisherige 1. Offizier des Kreuzers „Emden“, Korvettenkapitän Wurmbsch, ernannt worden, der im Krieg ebenfalls Kommandos auf U-Booten innehatte, wie auch der leitende Ingenieur der „Deutschland“, Korvettenkapitän Dr.-Ing. Wiltge.

Schiffstatastrophe

Am Dienstagvormittag stießen im Nordostkanal ein finnischer Dampfer und ein deutscher Motorfisher zusammen. Das deutsche Schiff, das eine Zwiebelladung an Bord hatte, wurde an der Backbordseite schwer beschädigt und lief voll Wasser.

Neuterei

Im Jagthaus von Rio de Janeiro brach eine schwere Neuterei aus. Der Krawall wurde niedergebrosen.

Bürgersteuer

Vor uns liegt eine Steuerkarte für das Jahr 1933. Die einer Berliner Arbeiterkammer (Näherin) zugestellt worden ist. Von dieser Näherin verlangt die Stadt Berlin eine Bürgersteuer im Betrag von 15 M. für das Jahr 1933. Der Arbeiterkammer ist verständlich, diese Steuer einzuschlagen, sofern die Näherin in einer Woche mehr als 7,85 M. brutto verdient. Danach mag das Einkommensminimum für diese Näherin 400 M. im Jahre aus. Schlimmer können die Ungerechtigkeiten der Bürgersteuer wohl kaum charakterisiert werden.

Die Bürgersteuer gehört trotz der in den letzten Jahren eingeführten Minderungen noch immer zu den unpopulärsten Steuern unseres Steuerrechts. Die bisherigen Reformen sind völlig unzureichend. Das gilt auch für die Gleichrichtungen, die die Reichsregierung in der Bürgersteuerordnung 1930 vorgehoben hat. Danach ist endlich mit der Erhebung einer Bürgersteuer in Höhe von 10 M. zu rechnen. Leber, hat sich die Regierung nicht entschließen können, weitere Gleichrichtungen auszuführen und eine betriebliche Regelung der Bürgersteuer vorzunehmen. Ansonsten ruft die Anwendung der Bürgersteuer in vielen Fällen eine Mehrbelastung durch die Bürgersteuer hervor.

Während bei der Bürgersteuer 1931 die Steuerpflicht nicht bestand, wenn das gesamte Jahres-Einkommen nicht 500 M. übersteigt (abzüglich 100 M.), ist jetzt der Höchstbetrag der Wohlhabens-umlage als Bürgersteuer bestimmt worden. Wenn der Einkommen im Hinblick der betreffenden Gemeinde nicht übersteigt, so wird Bürgersteuer nicht erhoben. Diese Regelung ist vor allem deshalb ungenügend, weil sie 1. die ledigen Arbeitnehmer wegen der niedrigen Wohlflüsse für Gebiete erheblich schlechter stellt und weil die Wohlflüsse der Wohlhabensumlage infolge der Finanznot der Gemeinden immer weiter abgebaut werden mußten und von weiterer Abbau bedroht sind. Deshalb hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in einem Gesetzentwurf zur Umgestaltung der Bürgersteuer gefordert, daß die Bürgersteuer von den Personen nicht erhoben werden soll, deren gesamte Jahreseinkünfte den Betrag von 1200 M. nicht übersteigen. Die Sozialdemokratie verlangt also, daß bei der Bürgersteuer dieselbe Freigrenze gilt, die beim Steuerabzug vom Arbeitslohn besteht.

Die wesentliche Härte der Bürgersteuer besteht jedoch darin, daß die Gemeinden für 1933 erheblich höhere Zuschläge erheben wollen als bisher. Infolge der ständig wachsenden Finanznot werden die große Gehalt, das die Gemeinden 1933 durchschnittlich 500 Proz. Bürgersteuer erheben werden, also etwa doppelt so viel als 1932. Die Bürgersteuer 1933 würde also 30 M. je Kopf betragen, während sie bisher im Durchschnitt bei einem Gehalt von 15 M. und bei einem Bezieherlohn 22,50 M. betrug. In zahlreichen Fällen werden die Gemeinden sogar noch weit darüber hinausgehen und schon jetzt 400 Proz. stellen, daß die Festsetzung von 700 je 1800 Proz. keine Seitenhieb sein wird. Die Schuld daran liegt weniger bei den Gemeinden als beim Reich. Da die Gemeinden von den Wohlhabensumlagen fast erbrückt werden, müssen sie sich nicht anders zu helfen, als einerseits einen großen Teil ihrer übrigen Verpflichtungen nicht nachkommen und andererseits die einzige ihnen verbleibende größere Steuer, die sie umsetzen können, so weit wie möglich ausweiten. Dieser Zustand muß befristet werden und deshalb fordert die Sozialdemokratie, daß die Gemeinden künftig zur Erhöhung der Bürgersteuer nur berechtigt sind, wenn sie gleichzeitig erhöhte Zuschläge zu den Wohlhabensumlagen (Realsteuer) erheben. Das ist der einzige Weg, um die Lasten der Wohlhabensumlage auf alle Schultern zu verteilen und die Überbelastung der Bürgersteuer zu verhindern.

Dazu bedarf es aber noch einer anderen gesetzlichen Regelung: das Reich hat nämlich bestimmt, daß nur die Gemeinden auf Reichszuschläge zur Wohlhabensumlage rechnen können, die einen Bürgersteuerzuschlag von mindestens 500 Proz. erheben. Um sich den Reichszuschlag nicht entgehen zu lassen, haben deshalb viele Gemeinden ihre Bürgersteuer mit 500 Proz. festgesetzt, auch wenn sie eigentlich mit einer geringeren Bürgersteuer auskommen wären. Es gibt sogar Gemeinden, die aus der Bürgersteuer einen Ueberzuschlag herauslösen wollen, um damit Wohlhabensumlagen vornehmen zu können! Um das zu verhindern, fordert die sozialdemokratische Fraktion, daß die Gewährung von Reichszuschlägen zur Wohlhabensumlage nicht von der Erhebung eines bestimmten Bürgersteuerzuschlags abhängig gemacht werden darf.

Eine der größten Ungerechtigkeiten der Bürgersteuer besteht schließlich darin, daß die Steuerflöhe bei hohen Einkommen in keinem gerechten Verhältnis zu der Belastung der kleinen und kleinsten Einkommen stehen. Die Sozialdemokratie fordert deshalb, daß die Bürgersteuerflöhe für die mittleren, höheren und hohen Einkommen bis auf das Vierfache erhöht werden.

Werden diese Reformen durchgeführt, so wird die Bürgersteuer einen wesentlich sozialeren Charakter haben. Ihre beste Berechtigung wäre allerdings ihre völlige Beseitigung. Den Reich aber es unmöglich, die große Finanznot der Gemeinden entgegen, die bei einer Aufhebung der Bürgersteuer nicht mehr in der Höhe wären, auch nur die letzten fünf abgebauten Unterhaltungen an die Wohlhabensempfänger weiterzugeben.

